

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-208
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Vertriebsabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Dornschütz-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2508-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Novemberputsch von München.

Nach der „Oberland“-Führer beschuldigt Kahr und Cossow.

BS. München, den 27. Februar.

Heute sind die Vorrichtungsregeln im Bericht — vielleicht im Hinblick auf den Großdeutschen-Tag — noch verschärft worden.

Die Verhandlung und Hitler soll sich zu einigen Punkten äußern. Rechtsanwalt Kohl: Hat Hitler nicht im engen Freundeskreis erklärt, daß er mit Reichswehr und Schupo zusammenwirken müsse, und daß keine Mission erledigt sei, wenn er das Volk zur Erlösung gebracht habe.

Die erste Stelle in der Bewegung gehörte General Ludendorff als dem Würdigeren.

Hierauf wurde Dr. Weber vernommen, der früher im Ruhrgebiet tätig war und zum Vorstand des Bundes Oberland zum „Kampfbund“ gehörte.
Weber: Nach dem Zusammenbruch in Deutschland entstanden die Freiwilligenkorps. Nach den Ereignissen in Oberschlesien ging ich zu dem Korps „Oberland“, wo alle Volksschichten gegen den äußeren Feind zusammenstanden.

größten Gegner im Lande betrachteten wir den Marxismus, das Judentum, das parlamentarische System.

Wir konnten doch nicht über den Rhein marschieren mit dem Feind im Lande, immer gewärtig, einen zweiten Volksstich befürchten zu müssen.

Was unsere Verbindung mit Ludendorff betrifft, so hat der Führer des Bundes „Oberland“ nach dem Kampf in Oberschlesien Ludendorff über das Ergebnis dieser Kampfschleife berichtet, und seitdem sind wir in einer gewissen Berührung mit ihm geblieben.

Wir haben an die Opferwilligkeit unserer Leute die schwersten Anforderungen gestellt. Im Osten sind von einzelnen Jüdchen und Gruben ein Viertel bis die Hälfte der Belegschaft im „Oberland“ organisiert, in Bayern ein großer Teil der bäuerlichen Bevölkerung, ferner die Studentenschaft und an verschiedenen Orten auch Teile der Arbeiterschaft.

Freiheit durch die Selbsthilfe erkämpft werden müsse.

Freiheit durch die Selbsthilfe erkämpft werden müsse, daß aber der Staat von Weimar niemals Träger eines Freiheitskampfes sein könne.

Wir haben bei einer früheren Vernehmung erklärt, daß die politischen Leiter des „Kampfbundes“ bei entscheidenden Handlungen von der Zustimmung der übrigen Führer abhängig wären.

Wir haben bei einer früheren Vernehmung erklärt, daß die politischen Leiter des „Kampfbundes“ bei entscheidenden Handlungen von der Zustimmung der übrigen Führer abhängig wären.

Frage eines eigenen bayrischen Geldes

eine Rolle. Dieser ganze Plan der Schaffung eines Generalkommissariats wurde dann auch in den letzten Tagen im Justizministerium an zuständiger Stelle entwickelt.

Berson. Am 26. September wurde dann das Generalkommissariat gebildet. Die Begründung, die in der Öffentlichkeit über diese Maßnahme gegeben worden ist, entspricht in keiner Weise den Tatsachen.

Bors: Also am 1. November war der Abschluß der Besprechungen, von Berlin aus den Norden durch eine nationale Armee zu erobern?

an einen Kampf mit dem Norden gedacht?

Angell: Meiner Ueberzeugung nach wäre es dazu niemals gekommen, denn daß norddeutsche Reichswehr gegen uns marschieren und auf unsere Führer schießen, das hätte ich auch heute noch für eine Unmöglichkeit gehalten.

Bors: Sie haben auch an dem Programm des „Kampfbundes“ mitgearbeitet?

Angell: Nein, aber an dem Aufruf des „Kampfbundes“. Der Vorsitzende läßt hierauf die Rundabgabe des Bayerischen Kampfbundes vom 2. September 1923 auf dem Deutschen Tag in Nürnberg verlesen.

Angell: So direkt ist das nicht gesagt worden. Herr v. Kahr hat aber betont, daß ein Verband, der vorzeitig loszöge, keine Unterstützung nicht finden würde.

Er mache — und dabei schlug Cossow mit der Faust auf den Tisch — jeden Staatsreich mit, der 51 Proz. Aussicht auf Erfolg habe.

Diese Unterredung habe ich sofort Herrn Oberstleutnant Kriebel mitgeteilt und betont, daß damit Kahr zum ersten Male sich ganz in Hitlers Sinn eingestellt habe.

diesem Schreiben habe ich damals nichts gewußt. Bors: Hitler soll zu Ihnen auch gesagt haben, durch sein Vorgehen müsse

Kahr und Cossow die Möglichkeit des Abzuges geschaffen werden. Nun fällt mir auf, daß bei der Unterredung, die am 7. zwischen den militärischen Leitern des Kampfbundes stattfand, der Hauptmann Köhm, der doch entschieden einer der Hauptführer war, nicht zugegen gewesen ist.

versiegelte Befehle

mit, die am 9. nachmittags zu öffnen waren und in denen stand, daß die nationale Diktatur in München ausgerufen worden sei, und daß die Führer mit allen ihren Leuten nach München kommen und sich bei Oberst Kriebel melden sollten.

militärische Aktion gegen Kahr usw. in allen Einzelheiten festgelegt

war und daß Sie sich darüber vollkommen im Bilde befanden. Angell: Das ist wohl inwieweit ein Irrtum, als an ein militärisches Vorgehen gegen den Bürgerbräukeller ursprünglich nicht gedacht war.

der mit den Händen auf dem Sabel ganz gebeugt dastand. Schließlich richtete sich Cossow auf, richtete Ludendorff die Hand mit den Worten: „Der Wundt Euer Erzlebens ist mir Beicht.“

Nach Cossow und Garmisch habe ich die Meldung gegeben, daß die nationale Diktatur ausgerufen sei und daß unsere Leute heranzutreten sollten.

Angell: Ein Offizier — es kann auch Herr v. Scheubner gewesen sein — äußerte Zweifel über Cossow. Ludendorff aber sagte: Cossow hat mir kein Ehrenwort gegeben und ein deutscher Offizier bricht sein Wort nicht.

Borl.: Sie sollen aber auch zu Hauptmann Beckhoff ge-
hört haben, daß Sie die Reichswehr nicht für zuverlässig halten
Angel.: Wenn diese Meinung überhaupt gefaßt ist, so kann
es nur in dem Zusammenhang gesehen sein, daß ich glaube, ein-
zelne Teile der Reichswehr seien noch nicht über unsere Bewe-
gung aufgeklärt. Ich war der Ueberzeugung, daß Boffow gefan-
gen genommen worden sei, und daß infolgedessen seine Befehle
den Truppen nicht übermittelt werden konnten. Borl.: Als Sie
am nächsten Mittag in die Stadt marschieren mußten Sie
auch aber die gegen Sie gerichteten

Aufzüge von Kahr und Cossow

sehen haben? Angel.: Gesehen habe ich sie nicht, aber ich
hörte davon durch meine Leute. Borl.: Haben Sie vor Eintritt
des Marsches Ihren Befehl gegeben, die Gewehre zu ent-
laden? Angel.: Jawohl. Borl.: Haben Sie sich auch davon
überzeugt, daß die Befehle befolgt worden sind? Angel.: Nein,
was war nicht meine Sache. An der Ludwigsbrücke kamen wir an
der Landespolizei glatt vorbei und gelangten bis zur Residenz. Dort
ah ich, wie ein Schupooffizier namens v. Otten einem seiner
Untergebenen den Karabiner entzieh und

auf unseren Fahnenträger anlegte.

Dieser schlug jedoch mit der Fahnenstange die Schußwaffe beiseite
und ein großer nationalsozialistischer Ordner rief dem Offizier zu:

„Nicht schleichen! Erzelenz Ludendorff kommt!“

In diesem Moment trug die der Schutz und der Ordner brach zu-
ammen. Das war der erste Schuß und der fiel von der
Rechten. Im nächsten Augenblick begann die allgemeine Schießerei.
Von der Feldherrnhalle aus sah ich, daß die Schupolizei feuerte.
Die Polizei schuß auf Verwundete und Fliehende, wie auf Hunde.
Ich ging mit Ludendorff an die Residenz und war seltsam vollkommen
zusammengedrückt. Ich meine dann, es erdriete mich untragbar,
daß in unserem nationalen Bayern nationale Polizei auf den größten
Heerführer Deutschlands schleichen konnte. Ich möchte auch noch
sagen: Die Mitglieder des „Oberland“ haben von den
Ergebnissen vorher nichts gewußt. Sie haben verfehlte Befehle
erhalten, und diese Befehle haben sie selbstverständlich ausgeführt,
wenn unser Bund

„Oberland“ ist auf Gehorsam und Disziplin aufgebaut.

Die Verantwortung für alles, was geschehen ist, trifft einzig und
allein mich. Auch kann nicht Oberstleutnant Kriebel verantwortlich
gemacht werden, denn er, als militärischer Führer, hatte auf die
politische Führung keinen Einfluß. Ich habe mich bemüht Hitler
angehörigen und ich trage auch vollkommen die Verantwortung für
das, was geschehen ist. Borl.: Wie stellen Sie sich denn zur
Entwicklung der Dinge vor? Angel.: Ich war lange Zeit vor-
der auf Reisen und

habe in Norddeutschland die Nationalverbände fleißig besucht.

Ich wußte, daß man dort dieselben Ziele verfolgte
wie hier. Man sah das Heil von Bayern kommen und unterließ
die Kräfte im Süden. Auf Grund der Ereignisse vom 8. November
sind ja auch norddeutsche Kreise in die Bewegung eingetreten. Wenn
Kahr und Cossow nicht ihr Ehrenwort gebrochen hätten, dann wäre
die Bewegung auf ganz Deutschland ausgebrochen worden. In das
Reichsdirektorium sollten sofort auch norddeutsche Herren eintreten,
dann darüber bin ich mir ganz klar, daß der Partikularis-
mus Preußens ebenso stark wie der bayerische ist. Nach
Lösung der innerdeutschen Frage sollte dann die schwarz-weiß-rote
Fahne über den Rhein getragen werden, um Deutschlands Freiheit
wiederzugewinnen.

Borl.: Und Sie wollten mit Reichswehr und Polizei zu-
sammenarbeiten. Angel.: Selbstverständlich. R. A. Kahl:
Ist dem Angeklagten bekannt, daß in letzter Zeit Personalver-
änderungen in Bayern, die der Reichswehrminister verfügte,
nicht mehr anerkannt worden sind? Angel.: Gewiß,
das ist vielfach geschehen. General v. Boffow erkannte die Ver-
änderungen zu unserer großen Freude einfach nicht mehr an. Für
Bayern bestand ja praktisch die Weimarer Verfassung überhaupt
nicht mehr, und sie war ja von den legalen bayerischen Stellen
auch außer Kraft gesetzt worden. Borl.: Wenn nun die Wei-
marer Verfassung gegenstandslos bereits war, so
brauchten Sie sie doch nicht durch eine bewaffnete Aktion endgültig
zerstören. Angel.: Doch, denn das ganze Reich sollte dem bayeri-
schen Vorgehen folgen. R. A. Dr. Luetjens: Was wissen Sie über die

Rollenverteilung, die Hitler geplant hat?

Angel.: Ludendorff sollte die nationale Armee übernehmen, Hitler
die Politische Abteilung, denn er sollte gewissermaßen, wie Lloyd
George im Kriege die Rolle des Lambours, des Erweckers spielen.

Kahr sollte bereits Reichsverweser werden. Rechtsmann Dr. Luetje-
brunne: Hat nicht vor dem Demonstrationszug Ludendorff Be-
fehl gegeben, die Gewehre zu entladen? Angel.: Jawohl, diesen
Befehl habe ich weitergegeben. Justizrat Kahl: Hat bei der Be-
sprechung am 6. November General Boffow nicht erklärt, daß er
gegen jeden Verband einschreiten werde, der selbständig vorgehen
würde? Angel.: Dr. Weber: Er hat gesagt, daß ein solcher
Verband nicht auf seine Unterstützung rechnen könne und ich habe
das so aufgefaßt, daß das

auf die Ehrhardt-Gruppe gemünzt

war, denn Boffow hat in diesem Zusammenhang ausdrücklich die
Ehrhardt-Gruppen und den Bund „Bauern und Reich“ erwähnt.
Justizrat Kahl: Und im Hinblick darauf hat Boffow erklärt, daß
er jeden Staatsfeind mitmache, der 51 Pro. Wahrscheinlichkeit
habe? Angel.: Jawohl. Borl.: Boffow soll gesagt haben, er
werde gegen einen selbständig vorgehenden Verband mit Waffen-
gewalt vorgehen. Angel.: Darauf kann ich mich nicht besinnen.
Von der Verteilung werden dann zahlreiche Fragen an
den Angeklagten gerichtet. Zunächst bestätigt Dr. Weber
auf Befragen eines Verteidigers, daß Boffow bei dieser Besprechung
auch erklärt habe, er wolle ja selbst nach Berlin marschieren. Auf
die Frage eines Verteidigers, ob Kahr nicht seinerzeit auch gesagt
habe, er behalte sich die Stunde des Angriffs vor, erwidert der An-
geklagte,

Kahr habe gesagt, er wolle das Zeichen zum Angriff geben.

Verteidiger: Sind die Vaterländischen Verbände nicht am
8. November zu einer Mitgliedereversammlung am 11. November
eingeladen worden? Angel.: Das habe ich erst später erfahren,
wie auch so manches andere, was mir des ganzen Umfasses erst
erklärlich gemacht hat. Bert.: Ist bei der Besprechung am 8. No-
vember nicht auch mitgeteilt worden, daß die in Norddeutschland stehen-
den Machtmittel gegen den Marsch auf Berlin nichts einzusetzen
haben würden. Angel.: Jawohl, bei unserer Besprechung mit
Seiber hat dieser klar wiederholt, daß die Reichswehr im Norden
des Reiches sich nicht gegen einen Vormarsch stellen würde, wenn
er unter der schwarzweißroten Fahne und mit Ludendorff an der
Spitze erfolge. Etwas anderes aber wäre es, wenn es sich um
eine rein bayerische Aktion, etwa um die eines „meutenden Gene-
rals“ handeln würde. Dann wäre ein Zusammenstoß wahr-
scheinlich.

(Fortsetzung im Morgenblatt.)

Reichslandbundtagung.

Sie suchen den Materialismus — bei anderen.

Breslau, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Ueber-
rechnungen des Reichslandbundes führten gestern zu einer Reihe von
Entscheidungen, die für die Landwirtschaft Verminderung
des Steuerdrucks durch Vereinfachung und Herabsetzung aller
der Landwirtschaft treffenden Steuern verlangen. Ferner wird
Milderung der Kreditnot durch größeres Entgegenkommen
der Reichsbank mit den Rentenmarktkrediten gefordert und schließlich
Schutz gegen den Preisrückgang der landwirtschaftlichen Produkte.
Dieser soll entweder dadurch gegeben werden, daß jeder Schuß für
Industrieerzeugnisse aufhört, oder aber daß wieder der „Schutz der
nationalen Arbeit“ für die gesamten Produkte eingeführt wird. Ins-
besondere wandten sich die Landbundesratler Freilich v. Rich-
hofen und Weilenboed auch gegen jede Behinderung land-
wirtschaftlicher Ausfuhr aus Deutschland. Zu den Verhandlungen
mit den Auslandsgebern der Goldnotenbank bemerkte der deutsch-
nationale Landbundesführer Weilenboed noch, es sei schon begreiflich,
wenn sich die Geldgeber angesichts unserer Verfassungs- und Re-
gierungsverhältnisse ganz besondere Sicherheiten ausbedingen. Zur
Erhaltung der Wertbeständigkeit der Rentenmark wird einfach ver-
langt, daß „unter allen Umständen“ alle Zahlungen an den
„Feindbund“ eingestellt werden. Die Bearbeitung land-
wirtschaftlicher Angelegenheiten im Reichsinnenministerium, Reichs-
wirtschafts- und Reichsarbeitsministerium soll aufhören und im
Reichslandwirtschaftsministerium zusammengefaßt
werden. An Stelle des Ausnahmezustandes, dessen Aufhebung be-
dauerlich wird, müssen andere Schutzmaßnahmen für „Ruhe und Sicher-
heit“ treten.

Eine weitere Entscheidung spricht sich für Arbeitsdien-
pflicht ungefähr im Sinne des Kahr'schen Entwurfes aus.

In der Rede des Reichslandbundesführers Hepp wurde wie
üblich gegen die Weimarer Verfassung geschimpft, gegen die auch
mit schwarzweißroten Fahnen in den Sitzungsräumen demonstriert
wurde. Aber die monarchistischen Kundgebungen traten
diesmal doch sehr zurück zugunsten des Gedankens, bei der
Reichstagswahl durch Anstrengung aller wirtschaftlichen Mittel
parlamentarisch zu einer „großen Rechten“ zu
kommen, wie der bayerische Landbundesführer Weilenboed forderte.
Weilenboed erklärte der Versammlung Hepp, daß der Materialismus
sich nur auf Seiten der Marxisten, sondern auch beim Truß-
 und Syndikatskapital zu finden sei.

Für eine allgemeine Wirtschaftskonferenz.

Wachsende Zustimmung in Amerika.

London, 27. Februar. (W.B.) Die Washingtoner Bericht-
erfasser der „Times“ und der „Morning Post“ senden ihren Blät-
tern augenscheinlich inspirierte Meldungen, in denen zum Ausdruck
gebracht wird, wenn die jüdischlich erwartete Regelung des Re-
parationsproblems, der Grundlage der Arbeit der beiden Sachver-
ständigenausschüsse der Reparationskommission, erzielt werde, so
werde vielleicht eine allgemeine wirtschaftliche Kon-
ferenz unter Teilnahme der amerikanischen Regierung folgen.
Dem „Times“-Berichterstatter zufolge, der meint, daß die Ein-
berufung einer derartigen Wirtschaftskonferenz wahrscheinlich dem
britischen Premierminister überlassen werden würde,
haben die Berichte des amerikanischen Botschafters in der Re-
parationskommission, Logan, die amerikanische Regierung
veranlaßt, bereits an eine internationale Konferenz zu denken.

Der Washingtoner Berichterstatter der „Morning Post“ schreibt,
in Washington würde für die Abhaltung einer allgemeinen Wirt-
schaftskonferenz eine starke Stimmung sein, und zwar im
Hinblick auf die Möglichkeit einer Vermehrung des Prestiges, das
die amerikanische Regierung erreichen könnte, wenn sie bald eine
befriedigende Regelung der europäischen Probleme zustande brächte.

Die Poplar-Debatte im Unterhause.

Vertrauensvotum für die Regierung.

London, 27. Februar. (U.) Das Unterhaus hat gestern
abend über die Protestresolution des Abgeordneten Hilds gegen
die Politik der Regierung in der Poplarfrage abgestimmt. Das
Ergebnis war folgendes: Es stimmten für die Regierung 295, da-
gegen 228, also mit einer Mehrheit von 67 Stimmen für
die Regierung. Bekanntlich hatte der Gesundheitsminister
Whelan die Krise durch eine Ausherrschung des Paragraphen,
der der Stadtbehörde Poplar außerordentliche Ausgaben (für
Armenunterstützungen) unterlag, herausbeschworen. Whelan
entschiedigte sich in einer sehr wirkungsvollen Rede, seine Vor-
gänger hätten seit mehreren Jahren von den überflüssigen Aus-
gaben des Magistrats von Poplar gewußt. Sie hätten aber keine
Schritte unternommen, um ihnen Einhalt zu gebieten. Ihm könne
man nicht zur Last legen, daß er den Paragraphen, den seine
Vorgänger zur Anwendung brachten, annulliert habe. Wichtige
Stellen aus seiner Rede waren folgende: Ich habe dem Magistrat
von Poplar nicht nachgegeben und gebe auch ihm nicht nachzu-
geben. Mein Departement ist in der Lage, dem Gesetze in unpar-
teiliger Weise Geltung zu verschaffen. Ich habe weder Verwen-
dung noch Ungeschicklichkeit gefördert. Ich beabsichtige, das Armen-
gesetz, namentlich das Londoner Bürgergesetz so schnell wie mög-
lich zu reorganisieren, und, wenn ich im Amte bleibe, werde ich
darauf achten, daß die Rechte der Armen und die Grund-
sätze der Arbeiterregierung gewahrt bleiben.

Die Rede des Gesundheitsministers wurde wiederholt vom
Beifall unterbrochen. Fühlich er erhob sich Asquith und
erklärte, die Mitteilungen Whelans hätten ihn nicht überzeugt.
Der Gesundheitsminister habe bisher keine bestimmten Versiche-
rungen abgegeben, daß das Gesetz angewandt und der Gemeinde
Poplar die Hülfen befristet wurden. Hierauf ergriff Mac-
donald das Wort und wies auf die Schwierigkeiten des Problems
hin. Er schlug die Ernennung eines Ausschusses sämtlicher Par-
teien vor, der sich mit der Organisation des Bürgergesetzes be-
fassen soll.

Die Erziehung zum Greise.

Von Schlgolch.

Gewisse Vorkommnisse der letzten Woche hatten meine Frau
definitiv zu der Ueberzeugung gebracht, daß es mir trotz meiner
Jahre noch immer an elementarsten sittlichen Lebensernst mangle
und ich der Schande eines würdevollen Greisenlebens entgegenginge.

Bei einem Käsekauf war ihr überdies eine Nummer der
„Kreuzzeitung“ in die Hände gefallen, die in einem von
Herzen kommenden Artikel gegen die Sittenlosigkeit Berlins eiferte.
Der Artikel stammte von einem glaubwürdigen Teilnehmer der gegen-
wärtigen Landbundtagung, der auf entsagungsvollen Studienfahrten
durch die nächste Friedrichstraße, gewisse Cafés und Tanzbars
eine erdrückende Fülle von Material gesammelt hatte. Dies gab den
Anlass. Meine Frau verlangte Umkehr und Läuterung meines
Wandels.

Wer meine Frau kennt, wird verstehen, daß ich nicht wider-
sprach. Aber wo sollte ich hier in Berlin moralische Erhebung, wo
die Erziehungsmittel finden, durch die ich mich zu einem sittlich ein-
wandfreien älteren Herrn heranbilden konnte? Da erinnerte ich mich
an meiner Schulzeit eines Werkes von Cicero, der nicht nur ein
genialer Kontrabassist, sondern auch ein gelehrter prakti-
scher Philosoph gewesen ist. Das Buch heißt „Ueber das Greisen-
alter“ und wird von den Verehrern der humanistischen Bildung als
klassischer Wegweiser für den Eingang in ein würdevolles und glück-
liches Greisenalter gepriesen. Ich fand noch ein Exemplar in einer
alten Kiste und machte mich hoffnungsvoll an die Lektüre.

Ich fühlte mich sofort gehoben. Cicero erwähnt nämlich zunächst
alle die gewöhnlichen Beschäftigungen, auf die das Greisenalter frei-
willig verzichten müsse, und er nennt dabei an erster Stelle die
Beitragung einer Gesellschaft und das Erobern von Städten. Ich ge-
labte meiner Frau, diesen Verzicht zu leisten.

Dann spricht der antike Philosoph von den Freuden der Sinn-
lichkeit, die dem höheren Alter, auch wenn es gern wolle, meist vor-
enthalten bleiben. Um den Greis über diesen Ausfall zu trösten,
erinnert Cicero an die oft verheerenden Folgen des Sonnenraushes,
und er erwähnt als abschreckendes Beispiel den Fall des Lucius
Flamininus, der sich als Konsul von Gallien einst durch die Schön-
heit eines Buhlsknaben berartig habe betören lassen, daß er auf
dessen Wunsch den Befehl zur Entauptung eines völlig unschuldigen
Gefangenen gegeben habe. „Ich gelte“, sagte ich zu meiner Frau,
„daß ich, wie alle genialen Naturen, in meiner Jugend ein starker
Erotiker gewesen bin. Aber ich schwöre Dir, daß ich selbst im be-
stimmten Lebensalter niemals einen Menschen habe entaupten lassen,
dessen Schuld nicht klipp und klar erwiesen war. Es scheint fast,
als ob wir Modernen doch bessere Menschen sind, als es die klassi-
schen Antiken waren.“ Darauf wußte meine Frau nichts zu erwidern.
Um zu zeigen, daß aber auch der Greis nicht ganz ohne würde-

sinnliche Genüsse zu existieren brauche, berichtet Cicero schließlich
die Geschichte des alten Caelus Dullius, der, von einem bescheidenen
Abendschmause heimkehrend, noch immer eine gewisse tüderige Freude
an den Lichtern seiner Fackelträger und den jarten Melodien der ihn
begleitenden Flötenbläserinnen gehabt habe. Das leuchtete mir ein.
Diesem Beispiel wollte ich folgen. Freudigen Herzens erklärte ich
meiner Frau, daß ich zwar mit Rücksicht auf die strahlende Berliner
Straßenbeleuchtung auf die Fackelträger verzichten würde, aber ent-
schlossen sei, von meinen regelmäßigen abendlichen Stammtisch-
besuchen in Zukunft nie ohne die Begleitung von Flötenbläserinnen
heimzukehren. Die nötigen Adressen würde ich mir durch ein Inse-
rat in der „Kreuzzeitung“ unschwer beschaffen können.

Meine Frau erklärte mich für einen alten Esel, Cicero für ein
Ferkel und nahm mir das „unansändige Buch“ weg.

Wit der Erziehung zum würdigen Greise nach antiker Methode
war es also nicht. Ich will es daher einmal auf moderne Art ver-
suchen. Rhythmische Leibesübungen in unbescheidenem Zustand
beiderlei Geschlechts sollen zur sittlichen Erziehung entscheidend
beitragen. Allerdings behauptet der „Vorwärts“, daß diese Uebun-
gen schon im jüngsten Kindesalter beginnen müßten. Indessen gibt
es im bayerischen Viertel auch solche Ferkel, die gerade auf die
Bedürfnisse älterer Herren eingestrichelt sind, und ich meine, den Weg
der Jugend zu beschreiten, kann es nie zu spät sein.

Meiner Frau habe ich von diesem Vorhaben bis jetzt nichts ge-
sagt, und ich weiß nicht, ob sie mir die Erlaubnis dazu erteilen
wird. Sonst muß ich es heimlich tun.

Kong Bele und Frithjof.

Es ist einfach ein Skandal, daß das deutsche Volk Wilhelm II.,
den Großartigen, so schlecht einschätzt. Die Deutschenationalen haben
vollständig recht: er hat großartig für sein Volk vorgesorgt.

So zum Beispiel hat er doch dem von ihm so oft besungenen Nor-
wegen zwei Kolossalholztauen geschenkt: Kong Bele und Frithjof.
Die stehen da am Havnangerrjord und gucken, ob Wilhelm nicht
wiederkommt. Wie verkauft und nicht abgeholt, und scheinen sich
dasselbe zu fragen, was sich die Norweger jetzt auch gefragt haben:
Was sollen wir hier?

Nämlich die Distriktsversammlung des norwegischen Distrikts,
auf dessen Verben Wilhelm's Geschenke stehen, hat Beschluß gefaßt,
die beiden Statuen abzubringen, zu verkaufen und das Geld Deutsch-
land für seine notleidenden Kinder zu überweisen. Der Beschluß ist
dem norwegischen Ministerium zur Genehmigung unterbreitet wor-
den. Und wenn der deutsche republikanische Botschafter in Kristiania
— man munkelt so etwas — nicht gegen den Verkauf als „Belei-
digung Deutschlands“ protestiert, bekommen die deutschen Kinder doch
nach etwas ab von Wilhelm's Geschenken.

Also bitte. Run schweige man. Wilhelm wußte, was er tat.
Er hat auch sicher die Siegesallee zum Abbruch geschaffen. Die guten
lieben deutschen und Berliner Republikaner versehen seine aller-
höchsten Absichten nur nicht so gut wie die Norweger.

Der Blaue Vogel. Nach längerer Abwesenheit im Zustande ist
der „Blaue Vogel“ wieder in sein Heim in der Goldstraße
zurückgekehrt. Die Blume der Romantik blüht in seinem neuen
Programm zwar nicht mehr so frisch wie am Anfang. Der „Blaue
Vogel“ ist älter und ernster geworden, dafür ist seine Kunst tiefer
und reifer als zuvor. Aus der Fülle des Gebotenen seien hier nur
die schönsten Stücke herausgegriffen. Da gibt es ein Märchenstück
„Die traurige Prinzessin“, ein Sujet aus der Zeit des
legendären Joren Gorch. Um die nie lächelnde Prinzessin, die
todesstarrig da steht, zum Leben zu bringen, läßt der Jar, der im
grotesten Aufzug, von seinem Hofstaat umgeben, auf dem Thron
sitzt, alle Mittel anwenden, bis der Hofnar durch einen Kuß die
Prinzessin zum Lächeln bringt und die Trauer von ihr weicht. Ein
anderes Stück „Kojaken“: Auf Schaupferden reiten sechs
Kojaken mit schußdämmigen, aber von Lebenslust sprühenden Ge-
sichtern heran, um dem Kojakenmöbel auf dem Freie zu huldigen.
Ein toller, lustiger Wirrwarr voll Schweiß und Temperament. Ein
Hauch von Erdgeruch und urwüchsiger Frische, bei dem Bewegung,
Ton und Farbe zusammenfließen.

Eine ergreifende Note tönt ein anderes Stück „Und das
Leben siegt“ in die Vorstellung hinein. Eine Gruppe von
Gefangenen am Fenster eines nach Sibirien bestimmten Ge-
fangenenwagens singt das aus Gorkis „Nachts“ berühmte
gewundene Lied „Woh! steht die Sonne auf und nieder“. Erregend
und erschütternd zugleich ist der schwermütige Gesang. Am schönsten
jedoch ist die Szene „Der Verletzte“ nach der Missetat von
Tschalkonski. Die Wirtwirlenden, ein Drehorgelspieler, ein lahmer
Baukenschläger und eine Tänzerin liefern bei aller Groteskheit der
Darstellung eine fein abgeordnete künstlerische Leistung.

Mit diesem neuen Programm ist der „Blaue Vogel“ wieder an
die Spitze der Berliner Kleinkunstbühnen getreten. Sein Spiel-
leiter Tschalkonski, dessen Humor und Schalkhaftigkeit dieselben
geblieben sind, kann mit dem Erfolg dieser Gefährdung zufrieden sein.

A. S.

Conen Jabel, der bekannte Pfeifkünstler und schätere Theaterkünstler,
ist im Alter von 72 Jahren gestorben.

Die Saphorion-Kaufausstellung, Salonstraße 85, eröffnet am 2. März
eine Kollektion aus dem Jahre 1912. Am 12. März soll
Paul Westheim die Eröffnungsvorlesung halten.

Im Großen Saal des Hotel J. B. Neumann, Kurfürstendamm 292, sind
kurzgezeit Arbeiten von Otto Freundlich, Berlin und Alexander
Borntal-Budapest ausgestellt. Von Otto Freundlich werden neue
Bauwerke und architektonische Pläne gezeigt, von Borntal eine Uebersicht über
das Schaffen der letzten Jahre.

Russische Kulturpolitik. Die Abtötung des Sowjet-Statistisches in
Ufa geschiedt beim Verkauf von Büchern an Kadetten, Studenten
und Studenten der Kaiserlichen langfristigen Kredit, wobei die letzten
Sowjet die Erbschaftsänderung vermittelten und die Vorkauf übernehmen.
Auf diese Weise soll den Udmitteln die Möglichkeit zur Selbst-
bildung gegeben werden.

Das genäherte Herz. In der Petersburger Gesellschaft der Chirurgen
redete der genäherte Arzt Dr. Dshaparidze einen Mann vor, dem nach seinen
Angaben vor 11 Jahren das Herz von dem operierenden Arzt entfernt
worden ist. Trotzdem der Operierte sich früher dauernd mit ärztlicher
Arbeit beschäftigen mußte, und ungenügend mehrjähriger Erkrankungen ist das
Herz noch heute in bestmöglichem Zustand.

Das System der Militärs.

Letzte Zeitungsverbote.

Einige Generale bleiben sich bis zum letzten Tage, an dem ihre Vollmachten ablaufen, treu. General Hasse verbietet am 26. Februar die „Eisenacher Volkszeitung“ wegen eines Artikel „Anschauungsunterricht der Geschichte“. Das Verbot ist bis zum 29. Februar, des letzten Tages des Ausnahmezustandes, befristet. Der verbotene Artikel stammt aus der Feder des österreichischen Genossen Pollack und ist dem österreichischen Gewerkschaftsorgan „Arbeit und Wirtschaft“ entnommen. Er enthält eine Kritik der Politik und Taktik der deutschen Sozialdemokratie, die wir in ihren wichtigsten Punkten für vollkommen verfehlt halten. Selbstverständlich werden dabei auch die Maßnahmen der Reichswehr berührt. Es ist nur zu erklärlich, daß das Vergehen der Reichswehr die Art der Handhabung des Ausnahmezustandes durch politisch offensichtlich ungeschulte Generale im Ausnahmezustand noch viel schärfer beurteilt wird, als wir es im Inlande schon tun. Der Reichswehrgeneral Hasse kennt in der Abwehr solcher sachlichen Kritik nur ein einziges Mittel: er verbietet! Er scheint nicht zu empfinden, daß diese plumpe Methode für jedermann als eine Bestätigung der Angriffe dienen muß, die in dem Artikel der „Eisenacher Volkszeitung“ gegen die Reichswehr gerichtet sind. Generale wie Herr Hasse haben sich zweifellos nicht als fähig erwiesen, die ihnen übertragene Aufgabe sachgemäß auszuführen. Ihr plummes Hineinregieren, ihre dauernden Einmischungen und Pressverbote haben dem Ansehen der Reichswehr und dem Ansehen der Republik schweren, für lange Zeit nicht wieder gutzumachenden Schaden zugefügt.

Regierungsparteien und Kanzlererklärung.

Antragsturm der Koalitionsparteien.

Der Reichstanzler Dr. Morg hat gestern vom Reichstag verlangt, daß er die lebenswichtigen Bestimmungen der Regierung weder aufheben noch abändern dürfe und für den Fall der Nichtbeachtung der Regierungswünsche die Auflösung des Reichstages angefordert. Man sollte meinen, daß diese kategorische Erklärung vor allem bei den hinter der Regierung stehenden Parteien Beachtung hätte finden müssen. Die Anträge, mit denen die Demokraten und die Volkspartei den Reichstag überfallen haben, zeigen aber keinen Respekt vor der Erklärung des Reichstanzlers Morg. Selbst die vom Reichstanzler ausdrücklich als lebenswichtig und damit als unantastbar bezeichnete dritte Steuernotverordnung ist zum Gegenstand eines parteiischen Initiationsgesetzentwurfes gemacht worden. Der Antrag ist eingebracht worden von Dr. Dühringer, trägt u. a. die Unterschriften einiger Mitglieder des Vorstandes der Fraktion der Deutschen Volkspartei, der Abgeordneten Dr. Kahl, Dr. Lutzer und Dr. Kunkel und bezweckt tiefgreifende prinzipielle Veränderungen der Regierung, die die Aufwertungsfrage durch die Verordnung erledigt hat. So soll die Aufwertung zulässig sein bis zu 40 Prozent. Darüber hinaus kann aber auch eine Erhöhung in unbeschränktem Betrage eintreten, wenn dies nach den besonderen Umständen des Falles zur Abwendung einer großen Unbilligkeit geboten erscheint. Für persönliche Forderungen wird ferner der aufgewendete Betrag sofort fällig, ebenso die Zinsen in voller Höhe. Ferner sollen alle Forderungen, die nicht vor dem 1. Oktober 1922 getilgt sind, unter die Aufwertung fallen. Dies sind grundlegende Veränderungen von den Vorschriften der Notenordnung.

Von den Demokraten liegen offizielle Fraktionsanträge vor, gezeichnet von dem Parteivorsitzenden Koch. In einem Initiationsgesetz werden Veränderungen der Personalabbauperordnung verlangt, die sich im wesentlichen auf die Pensionierung und die erworbenen Rechte beziehen. Weitere Anträge der Demokraten verlangen Veränderungen der Verordnung über die Arbeitszeit in öffentlichen Betrieben, in Verwaltungen und wenden sich gegen die Personalabbauperordnung als eine Gefährdung des Berufsbeamtenstandes.

Es würde durchaus nicht überraschen, wenn unnehr auch das Zentrum den Konkurrenzkampf mit den beiden anderen Koalitionsparteien aufnehmen und mit Anträgen auf dem Plan erscheinen würde, die gegen die Bestimmungen der Reichsregierung und damit gegen die Kanzlererklärung gerichtet wären. Während die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion rein sachliche Erwägungen entspringen sind, steht den völksparteilichen und demokratischen Anträgen das Bedürfnis auf der Stirn geschrieben, mit der Sozialdemokratie in den Konkurrenzkampf einzutreten. Hätten denn die prominenten Führer dieser beiden Parteien, die dem Reichskabinett angehören, hier nicht reichlich Gelegenheit, die Wünsche ihrer Fraktion zur Geltung zu bringen? Wenn so schon die Regierungsparteien sich durch die Erklärung des Reichstanzlers nicht aufhalten lassen, lediglich aus wahlpolitischer Gründe die lebenswichtigen Bestimmungen anzutasten, so wird niemand es der Sozialdemokratie verübeln können, wenn sie, die im Kabinett nicht vertreten ist, ihre vom Standpunkt der Regierung abweichende sachliche Meinung in Anträgen zum Ausdruck bringt und auf dem verfassungsmäßigen Wege zu verwirklichen sucht.

„Selbstbestimmungsrecht der Völker.“

Wie die Franzosen es auffassen.

Saarbrücken, 27. Februar. (W.B.) Die Regierungskommission hat verschiedenen zu unbescholtenen Belgierordenen ihrer Gemeinde gewählten Stadtverordneten die Bestätigung für diese Kerner verweigert. In der Stadt Saarbrücken handelt es sich um vier Stadtverordnete, denen die Bestätigung verweigert wurde, angesichts der Haltung, die sie sowohl gegenüber der Regierungskommission als auch gegenüber den durch den Friedensvertrag geschaffenen Verhältnissen an den Tag gelegt haben. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde einstimmig gegen dieses Vorgehen der Regierungskommission protestiert. Von allen Seiten wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Bestätigung nur deshalb verweigert worden sei, weil die Betroffenen sich gegen die von der Regierungskommission betriebene französische Politik gewandt hätten. Es wurde beschlossen, sich beschwerdeführend an den Völkerbund zu wenden.

Zur Emminger'schen Justizverordnung hat die Deutsche Liga für Menschenrechte Berlin W. 66, Wilhelmstr. 48, eine Denkschrift herausgegeben mit Rechtsgutachten hervorragender Rechtslehrer, die kostenlos auf Wunsch zugesandt wird.

Der 38. Deutsche Fürsorgetag ist vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge zum 7. und 8. März d. J. nach Frankfurt a. M. einberufen worden. Als Verhandlungsgegenstand ist bestimmt: „Die Neuregelung der öffentlichen Fürsorge unter dem Druck der Finanznot.“

Erinnerung an Ephraim.

Die Regierung beabsichtigt, wie hier vor einigen Tagen mitgeteilt worden ist, Silbermünzen prägen zu lassen. Da aber nicht genügend von diesem Edelmetall vorhanden und die Herstellung „richtiggehender“ Silbermünzen bei unseren Finanzen unausführbar ist, will man „mischen“ und Münzen herstellen, die wohl wie Silbermünzen aussehen, aber mit Silber selbst nur geringe Verwandtschaft haben. Finanzwissenschaftler und andere, die so tun, als ob sie alle diese Probleme verstanden haben und spielend leicht bemächtigen, haben zu der Absicht der Regierung Stellung genommen und haben, je nachdem sie zur Politik der Republik sich verhalten gewarnt oder geschimpft. Diese Kritik kann uns hier nicht kümmern. Hier soll lediglich in Erwartung der neuen Silbermünzen die Erinnerung mahnen werden an ähnliche unterwertige Münzen, die einst in Umlauf waren, und an das heute noch vorhandene Berliner Wahrzeichen dieser Münzen.

Unter der Regierung Friedrichs II. war infolge der vielen Kriege der Staatsschatz fast zusammenschmolzen und immer Ebbe in allen Staatskassen. Da beauftragte der bedrängte König den „Hof- und Münzjuden“ Heine Ephraim, unterwertige Münzen herzustellen. Sie bestanden aus Kupfer und waren nur mit einem leichten Silberüberzug versehen. Diese Geldstücke, die man Ephraimiten nannte, freudeten den Spott des Volkes heraus, und man hatte auf sie folgenden Vers gemacht:

Kufen schön und innen schlamm,
Kufen Friedrich, innen Ephraim.

Man sieht hier übrigens, wie leicht es schon damals und zu allen Zeiten war, auf allerhand Scheingründe gestützt, antisemitisch zu sein. Man ließ Spott und Groll an dem Juden Ephraim aus, der seinen Endes nichts weiter getan hatte, als den Befehl des Königs auszuführen.

Wir Leute von heute wissen nichts mehr von diesen Ephraimiten, aber das Haus steht noch, das Friedrich der Große als Dank für die Ephraimiten dem Betiel Heine Ephraim erbauen ließ. Das Ephraimische Haus befindet sich am Mühlendamm, Ecke Wolfenmarkt, und gehört heute dem Berliner Magistrat, der Bureau in dem schmucken Gebäude untergebracht hat. Die herrlichen schmiedeeisernen Gitter an den Balkons aller Stockwerke, die Putten und Vasen auf dem Dach, die vielen Zierate und eigenartigen Fensterbänke lassen deutlich erkennen, daß man es mit einem Bau im französischen Vorbild zu tun hat.

Friedrich der Große hatte Ephraim erlaubt, sich auf Staatskosten ein Haus erbauen zu lassen. 1761 erstand Ephraim von dem Apotheker Johann Hofer das Grundstück am Mühlendamm, ließ die damals dort befindlichen Böden abreißen und durch Dieterichs 1766 den Bau, der heute noch dort steht, aufrichten. Die acht, den Balkon tragenden Sandsteinsäulen soll Friedrich der Große geschenkt haben. Sie rühren von dem Schloß des Grafen Brühl her, das während des Siebenjährigen Krieges zerstört worden war. Das Haus, das sich Ephraim erbauen ließ, fiel aber prunkvoller und keuter aus, als Friedrich der Große es sich gedacht und gewollt hätte. Ephraim erhielt daher die Weisung, eine ansehnliche Stiftung zu errichten, aus der später das Militärwaisenhaus in Potsdam, von Sontord erbaut, errichtet wurde.

So hatte also der verpöbelte und verachtete Münzjude allerlei Gutes gestiftet, und, wenn das Gerücht nicht lügt, soll Keinesliches heute auch noch vorfinden.

Mordprozess Friedmann.

Teilweiser Ausschluss der Öffentlichkeit.

Unter gewaltigem Andrang des Publikums begann heute früh vor dem ersten Straßengericht des Landgerichts II die Verhandlung in dem Raubmordprozess Friedmann. Angeklagt sind der Schlächter Alexander Hoffmann und der Bäcker Alfred Schulz wegen Raubmordes und der Händler Bernhard Schulz wegen Begünstigung und Hehlererei. Auf Antrag von Rechtsanwältin Bahn wird Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld als Sachverständiger zugezogen. Die beiden Hauptangeklagten sind junge Leute im Alter von 22 Jahren. Hoffmann, der zuerst vernommen wird, ist ein blondhaariger, gutgemachter, kräftiger junger Mann mit frischer Gesichtsfarbe. Der Anklagevertreter beantragt bei der Vernehmung von Weg Hoffmann, die Öffentlichkeit auszuschließen. Das Gericht gab diesem Antrage statt. Das enttäuschte Publikum mußte daher den Saal räumen. Auf Antrag von Rechtsanwältin Dr. Frey wird jedoch der Preis der Anwesenheit im Saal gestattet. Landgerichtsdirektor Pelason teilt mit, daß er heute unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt werde und daß er glaube, morgen die Verhandlung in der Öffentlichkeit vorziehen zu können. Alexander Hoffmann gibt an, daß er in Petersburg geboren sei, er sei aber preussischer Staatsangehöriger. Er habe die deutsche Kirchenschule besucht. Während des Krieges hat er Schlächter gelernt. 1918 kam er nach Deutschland und war bis Mai vorigen Jahres in seinem Beruf tätig. Infolge einer Anfechtung gab er die Arbeit auf. Er ist seit 1920 Mitglied eines Sportvereins. Zuerst war er Ringer und später wurde er Boxer. Vor zwei Jahren, im August 1922, hat er Friedmann kennengelernt, der öfter den Übungen beimohnte. Zunächst habe er eine Annäherung Friedmanns abgelehnt und auch nicht gewußt, worauf Friedmann ausging. Dann habe Friedmann einen Preis gestiftet zu einem Ringkampf, in dem er, Hoffmann, Sieger war. Nach einiger Zeit kam Friedmann wieder in Begleitung von drei Matrosen in den Sportklub und sie haben nachher Radtourfahrten besucht. Er sei stark betrunken gewesen und Friedmann habe ihn in ein Auto gepackt und nach seiner Wohnung gefahren. Hier sei er erst aufgewacht. Friedmann habe ihm schon versprochen, ihn einmal zu fotografieren. Der Angeklagte schildert dann eingehend die Entwicklung der Annäherung Friedmanns mit ihm. Was passiert sei, wisse er nicht so ganz genau, da er nicht nüchtern war; er habe Friedmann noch zweimal besucht. Der Angeklagte bekennt, daß er von Friedmann Geld bekommen habe; Friedmann habe ihn nur immer freigehalten. Einmal habe er sich einen Zirkus zu seinem Anzug von ihm geliehen. Die Verhandlung wird fortgesetzt.

Der höhere Gesellschaftston!

Man schreibt uns:

Ein Herr Oberstleutnant v. A. hat an einen Herrn Generalmajor a. D. R. in Hamburg einen Schreibbrief gerichtet. Bei der Entnahme des Briefes aus dem Hauskasten hat Herr A. festgestellt, daß die Bezeichnung „Generalmajor a. D.“ mit einem Bleistift durchstrichen war. Er richtet darauf an die Oberpostdirektion in Berlin folgenden Schreiben:

„Die Oberpostdirektion Berlin bitte ich von beifolgendem Briefumschlag sehr gefälligst Kenntnis nehmen zu wollen, den ich persönlich meinem Bleistift entnommen habe, der also nur durch die Hände der Post gegangen ist. Jemandem Bismarck, wahrscheinlich einer von der Gesellschaft, deren Anstoß vor dem Schließen haben uns den Krieg hat verlieren lassen, deren Heidenmut für derartige Bleistiftaktionen aber allenfalls ausreichend, hat da Durchstreichungen vorgenommen, die ganz zweifellos gegen keine Instuktionen verstößt. Ob die schwarze Tinte in Berlin oder Hamburg verläßt ist, kann ich natürlich nicht feststellen. Ist mir an und für sich auch völlig gleichgültig, vielleicht ist es aber für die Ehre der Behörden der Disziplin von Interesse, den Betreffenden festzustellen. Vielleicht beruhigt es seine republikanische Seele, wenn er hört, daß Tinte, wie die von ihm beanstandeten, auch nach dem November 1918 verbleiben worden sind. Für freundliche Benachrichtigung im voraus verbindlich dankend.“

Man kann unumwunden zugeben, daß die Durchstreichung mindestens eine grobe Disziplinverletzung darstellt. Es müßte aber in erster Linie festgestellt werden, wer der Täter ist. Ob dies geschehen ist, hat Herr A. kein Recht, republikanisch gestimmte Bäume zu beleiden und sie für den verlorenen Krieg verantwortlich zu machen. Im übrigen ist es längst erwiesen, daß im Kriege die schlichten Soldaten mehr Mut bewiesen haben als die patentierten Briefschreiber. Jedenfalls ist es ein Heidenmut für sich, einen solchen Brief zu schreiben, ohne Beweise zu haben, wer der Täter ist. Was sagt die Postverwaltung zu der Verunglimpfung ihrer Beamten?

Der Lustmord in der Schielermacherstraße.

Das weitere Geschehnis des Täters.

Das schwere Doppelschloß in der Schielermacherstraße, das besonders im Kreuzbergviertel große Aufregung verursachte, ist jetzt auch in bezug auf den Beweggrund und des Täters ganz aufgeklärt. Der verhaftete Schupamachmeister Gerth behauptete zunächst, wie wir mitteilten, daß zwischen ihm und Frau Hoffmann seines Geldes wegen ein Streit entstanden sei, der ihn zu der Tat gebracht habe. Er sprach dabei allerdings wie aus einem Dämmerzustande heraus und wollte sich auf Einzelheiten nicht mehr befassen können.

Im Laufe des weiteren Verhörs, das bis in die späte Nacht hinein dauerte, bejahte er sich aber doch. Er gab endlich zu, daß er den Mord an der Frau Hoffmann in einer sadistischen Umnwandlung begangen habe. Aus einem inneren Drange heraus beschäftigte er sich nämlich mit der sexual-pathologischen Literatur. Er las die einschlägigen Werke nicht nur oberflächlich, sondern mit vollem Verständnis. Er beherrschte den ganzen Inhalt, verließ auch die Hochausdrücke und weiß über die aufsehenerregenden Sexualverbrechen Bescheid. Am Tage des Mordes hatte er die Absicht, Frauenbesessenheit zu suchen. So kam er an die beiden Trinkerinnen, die ihm die Annäherung leicht machten. Als er mit Frau Hoffmann allein in der Küche war, während die alte Frau Trautmann betrunken im Bette lag, ließ er sich von einer sadistischen Umnwandlung übermäßig. Er ergriff den Jint-draht, der auf dem Kohlenkasten lag, warf ihn ihr um den Hals und drohte ihr zu, als die Frau auf dem Fußboden lag. Dann schlug er mit der Faust auf die bereits Tote ein, griff endlich zum Küchenmesser. Mit diesem brachte er ihr zunächst einen leichten Schnitt über die Brust bei, dann nahm er das Messer und stieß es der Toten wieder in die Brust. Mit einem Handtuch stieß er noch wiederholt nach, so daß auch das Heft in die Wunde einbrang. Endlich biß er auch noch in den Körper hinein. Alles das ging wie er sagt, in der Dunkelheit vor sich, weil im Kampfe mit der Frau auch das Nachlicht heruntergefallen und zertrümmert war, nachdem das Gaslicht vorher schon erloschen war. Als er, um das Haus zu verlassen, schon auf dem kleinen Korridor war, dachte er erst an Frau Trautmann die ihn verraten konnte. Um das zu verhindern, einschloß er sich sofort, sie ebenfalls umzubringen. Er riß sie aus dem Bette und ermüdete sie nach einem kurzen Kampfe. Dann ging er hinaus, irrte noch eine Weile umher, um sich zu beruhigen und begab sich in die Kammer, ohne daß ihn jemand wahrnahm.

Leibesübungen und Kultur.

Leibesübungen aus der Form einer Kultur, aus dem Geist unserer Zeit heraus verstanden, erläuterte sehr anschaulich und gut durchdach in der Urania der Rektor der Hochschule für Leibesübungen Dr. Altrod.

Nach dem Kriege haben alle Völker, auch die nicht direkt am Kriege beteiligt gewesen, den Willen, sich durch Leibesübungen gesund zu machen. Wir haben das Verständnis und anerkennenswerte Bestreben, den menschlichen Leib durch Turnen und Sport zu bilden. Auf diesem großen Gebiet entscheiden aber am Ende auch die Weltanschauungsfragen. Optimismus und Pessimismus sind ausschlaggebend. Der Grieche, der die Welt reiflos besah, pflegte die Leibesübungen laufen, Springen und Werfen in vornehmer Form und fügte sie in das System des klassischen Gymnasiums. Die blühende Kunst hatte damals ein volles Verständnis zu den Leibesübungen (während sie heutigen Tages in kein Verhältnis zu ihnen kommen kann). Nach dem klassischen Orientum kam die gewaltige Idee des Christentums, die den Menschen in Leib und Seele trennt. Das Diesseits wurde verneint und dem Jenseits die große Rolle zugeschrieben. Der Leib wurde nur als ein lächliches Gefäß für die Seele betrachtet. Darum konnte auch der Leib nie zu jener Entfaltung kommen, die er im klassischen Hellas erreichte. Das Christentum mit seinem ungeborenen Wert der Geisteskultur brachte eine Vernachlässigung des Körpers. Wir, die Kinder des 19. Jahrhunderts, kennen die Maschine und — die Turnverste. Wir erleben das Kunstturnen vollendetster, eigenster Art. Für den Körper erfindende Bewegungen wurden in einer bestimmten Form festgelegt. Das ist jetzt schon wieder abgelehnt durch den Sport, der zur stehenden Bewegung zurückkehrt. Aus dem Gebiet der Technik müssen wir von der Maschine, daß man mit möglichst geringer Kraft höchst selbsttätigen vollbringen muß und kann. Daher können wir nur die technischen Uebungen. Alles Unwesentliche ist ausgeschaltet. Weiter aber gilt es, die Zweckmäßigkeit der Bewegung zu erörtern. Die neue Kultur muß Geist und Körper vollkommen erfassen.

Filme und namentlich die rhytmischen Vorführungen waren Demonstration und Werbung für die neuen Grundsätze.

Zu einer „deutschen Kundgebung“ hatte gestern die Vereinigung sogenannter national-reformer Arbeiterführer das werktätige Volk Berlins nach dem Abends geladen. Dieser letzte solcher aber nicht, trotz freiem Eintritt und brausender Militärmusik. Und was die „Arbeiterführer“ betrifft, so fungierte als Hauptredner Herr Emil Unger, der noch keiner Abholstern durch die Partei sich auf den Boden der deutsch-nationalen Tatlosen gestellt hat — wie der äußere Anschein bewies, mit bestem Erfolge für ihn. Die Programmredner war ein ziemlich komisches Witzgeschrei gegen die SPD. und den „Vorwärts“, wobei Herr Unger im Aufhagen seiner Verleumdungen und Albernheiten nicht einmal original war. Im Übrigen mußte er sich zu dem Eingangsbeleg bequemen, daß bis jetzt die Massen als Gesellschaft noch fehlten, was im Hinblick auf den höhereren Saal nur zu begreiflich war. Herr Unger hatte auch für alle Fälle eine Leibgarde von Braunen gebunden, die einem Zwischenruf sofort mit Beschlagsgewalt zu Leibe gingen, das hat er doch wenigstens sofort mit Beschlagsgewalt zu Leibe gingen.

Engländer Unerricht. Beginn neuer Abendkurse bei Genoffen D. H., W. 50, Epichenstr. 16, Gartenhaus. Kannelburgen dort am Donnerstag, den 28. und Freitag, den 29., von 6-8, Sonntag, den 2. März, von 11-1 Uhr. Auch schriftlich.

Geschäftliche Mitteilungen.

Wir vernehmen unsere Leser auf die vorerwähnten Anträge der Firma Schuch-Bel, Wilmstr. 25, Frankfurt a. M. 64 und Rottbuler Baum 13, in der vorliegenden Zeitung.

Groß-Berliner Parteienachrichten.

13. Kreis Tempelhof. Der Wahlberichtsbericht für Donnerstag, den 28. Februar, abends 10 Uhr, in der 2. Gemeindehalle, Friedrich-Wilhelm-Edelbergstraße, findet 8 1/2 Uhr statt.

14. W.B. Die Wahlberichtsberichte treffen sich heute vor der Versammlung pünktlich 7 Uhr bei Dietrich zu einer wichtigen Besprechung.

Jugendveranstaltungen.

Werbegesetz Kellnersaal. Der Wahlberichtsbericht für Donnerstag, den 28. Februar, abends 10 Uhr, in der 2. Gemeindehalle, Friedrich-Wilhelm-Edelbergstraße, findet 8 1/2 Uhr statt.

Gewerkschaftsbewegung

Ausperrung in der Berliner Metallindustrie.

Erneut droht in der Berliner Metallindustrie ein großer Kampf. Montag wurden auf Beschluß des Verbandes Berliner Metallarbeiter in annähernd 53 Betrieben, in denen Arbeiter beschäftigt sind, die Arbeiter ausgesperrt. Warum? Januarstreik hatte der Deutsche Metallarbeiterverband mit dem W.A. ein Abkommen getroffen, wonach je nach der Eigenart oder wirtschaftlichen Bedürfnisse des Betriebes Ueberstunden von einer halben bis einer Stunde pro Tag angeordnet werden können. Grund dieser Ueberstunden haben die Arbeitgeber von den Arbeiter Ueberstunden verlangt. Die Drücker stellten auf den Standpunkt, daß sie nicht eher Ueberstunden machen, als in den Betrieben, wo Ueberstunden verlangt werden, die einen Bläse für die Drücker besetzt werden. Im richtigen halten sie sich grundsätzlich an die Abmachungen der Organisationen gebunden, in den Betrieben, wo die wirtschaftlichen Bedürfnisse es erfordern, Ueberstunden zu leisten.

Bei den Firmen Erich u. Graeb, Israel u. Frister sollten nun die Drücker, trotzdem noch nicht alle Bläse besetzt waren, Ueberstunden leisten. Das wurde natürlich abgelehnt. Die Organisation hat sofort mit dem Arbeitgeberverband Verhandlungen eingeleitet, um eine Verständigung dahin zu erzielen, daß in den Betrieben die freien Bläse zu besetzen seien; wenn es dann noch notwendig sei, Ueberarbeit zu leisten, dann solle es auf jeden Fall geschehen. Aber die Metallindustriellen, an der Spitze der bekannte Herr Kantorowicz, fühlen sich stark. Sie vertreten den „Herr-im-Hause-Standpunkt“, sie provozieren die Arbeiter. Sie verlangen, daß die Arbeiter neun Stunden arbeiten sollen, und bekümmert darum, ob noch Bläse frei sind oder nicht, d. h. die Arbeitnehmer sollen sich bedingungslos dem Diktat der Scharfmacher fügen. Als die Drücker diese Zumutung ablehnten, wurde zur Aussperrung gegriffen. Alle Betriebe, wo Drücker beschäftigt sind, haben ab 25. Februar ihre gesamte Belegschaft ausgesperrt.

Wie widersinnig der Beschluß ist, zeigt folgendes Beispiel: In der W.G., A. I., sind zwei Drücker beschäftigt. Die Firma hat weder von den Drückern noch von der übrigen Arbeiterschaft Ueberzeitarbeit verlangt. In anderen Betrieben mußte sie am 25. 220 Arbeiter aussperrt. In anderen Betrieben liegt es ähnlich wie bei der W.G. Schon an dieser kurzen Darstellung können die Arbeiter die Scharfmachermanieren der Herren vom W.M.A. erkennen. Aber die Scharfmacher werden die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben.

Das Januar-Abkommen in der Metallindustrie.

Aus Anlaß der Klage eines Arbeiters gegen die W.G., der nach Abschluß des Januarkampfes nicht wieder eingestellt wurde, fällte die Kammer 7 des Gewerbegerichts Berlin folgende Entscheidung.

In dem Abkommen, welches den Juststreik beendete, ist bestimmt, daß Maßnahmen wegen Teilnahme am Streik nicht stattfinden dürfen. Auf Grund dieses Abkommens hätten die Nichtwiedereinstellten klagen können. Das Abkommen, durch das der Januarstreik zum Abschluß kam, enthält einen solchen Passus nicht, sondern es sagt lediglich: „Soweit Entlassungen erfolgt

sind, werden die Verhältnisse nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse wiederhergestellt.“ — Dieser Passus ist so lauscharig, daß sich vor Gericht nichts damit anfangen läßt. Auf Grund dieses Abkommens ist ein Klagerrecht auf Wiedereinstellung nicht gegeben.

„Drum hüte deine Junge wohl.“ Weil du ein Kriegsbeschädigter bist.

Von der Rente, die das Vaterland den Schwerkrriegsbeschädigten gibt, die ihre Gesundheit auf den Schlachtfeldern hingegeben haben, können sie nicht leben. Deshalb wird ihnen durch Vermittlung der Fürsorgeämter Arbeit in der Industrie vermittelt. Sie sind durch Gesetz in höherem Maße als andere Arbeiter vor Entlassung geschützt, darum haben sie aber in ihrem Arbeitsverhältnis nicht die Bewegungsfreiheit, die dem gesunden Arbeiter rechtmäßig zusteht. Der Kriegsbeschädigte, der sich einmal verirrt und die ihm für sein Verhalten gegenüber dem Arbeitgeber gezogenen Grenzen überschreitet, kann dann leicht seine Arbeitsstelle verlieren.

Als Anfang Januar die Berliner Metallindustriellen den Arbeitern das bekannte Lohnkürzungsverbot, wodurch die Löhne sehr bedeutend herabgesetzt wurden, kam in den Betriebsversammlungen die Entrüstung der Arbeiterschaft natürlich unerschrocken zum Ausdruck. In einer Betriebsversammlung der Firma Dinos nahm auch ein dort beschäftigter Schwerkrriegsbeschädigter das Wort. Er hielt eine temperamentovolle Rede gegen das Lohnkürzungsverbot und soll dabei, wie ein Meister und ein Aufsichtsbeamter der Firma angaben, zum Streik aufgefordert haben mit den Worten: „Es ist besser, wir gehen hinaus und hungern draußen, als daß wir hier für Hungerlöhne arbeiten.“ — Der Kriegsbeschädigte wurde mit der ganzen Belegschaft ausgesperrt und nach Beendigung des Kampfes nicht wieder eingestellt. Einen „Streikheber“ — so sagte die Direktion — könne sie nicht beschäftigen. — Der Kriegsbeschädigte klagte beim Gewerbegericht auf Wiedereinstellung oder Entschädigung. Er wurde mit seiner Klage abgewiesen. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, der Kläger sei mit seiner Rede in der Betriebsversammlung doch etwas zu weit gegangen. Vom rein sozialen Standpunkt gesehen sei ja die Entlassung sehr hart. Das Gericht könne aber nur nach dem Gesetz urteilen und komme deshalb zu der Ansicht, daß der Kläger nicht nur wegen seiner Beteiligung am Streik entlassen wurde, sondern weil er zum sofortigen Eintritt in den Streik aufgefordert habe. Daraus folgt die Berechtigung der Firma, ihn zu entlassen.

Die Arbeiter können also durch Lohnkürzung zur Verzweiflung getrieben werden und wenn dann ein in seiner körperlichen Beschaffenheit stark beeinträchtigter und hochgradig nervöser Arbeiter seinem Unmut die Fägel schleichen läßt, steigt er dauernd auf die Straße. Das ist gesetzlich in Ordnung. In Wirklichkeit aber durchaus ungerecht.

Jahresversammlung der Industriehilfsarbeiter.

Die am Sonntag abgehaltene Mitgliederversammlung der Sektion V (Industriearbeiter) des Deutschen Verkehrsverbandes nahm den Jahresbericht des Sektionsleiters Strauch entgegen, dem folgendes zu entnehmen ist. Das vergangene Jahr hat den Kollegen, namentlich in der Metallindustrie, nicht das gebracht, was sie erwartet haben. Die Löhne setzen hinter denen, die in anderen Berufsgruppen gezahlt werden, zurück. Im allgemeinen geht das Bestreben der Unternehmer dahin, die Spanne zwischen den Löhnen der gelehrten Arbeiter und der Hilfsarbeiter zu vergrößern, indem die Löhne der letzteren herabgedrückt werden. Diesen Absichten hat sich die Organisation natürlich entschieden widersetzt, und zwar nicht ohne Erfolg. Der Redner gab einen Ueberblick über alle Lohnbewegungen

des verflochtenen Jahres einschließlich des großen Lohnkampfes, der sich im Januar in der Metallindustrie abspielte. — Ohne Streik wurden 239 Lohnbewegungen in 786 Betrieben mit 26 766 Beteiligten geführt. Zum Streik kam es in 15 Fällen, die sich auf 261 Betriebe mit 4636 Beteiligten erstreckten. Zur Erledigung dieser Bewegungen wurden 1253 Versammlungen, Konferenzen und Verhandlungen geführt.

Der Mitgliederbestand der Sektion ist erheblich zurückgegangen. Der Rückgang ist zum Teil zurückzuführen auf die Zugänge in den Reihen der Kollegen, die innerhalb der Betriebe zum Austritt gezwungen wurden.

In der Diskussionsrunde der Januarfeier in der Metallindustrie von Rednern der Opposition zum Anlaß genommen, um die Lösung der Organisationsfrage nach bekanntem kommunistischen Schema zu kritisieren. Sie wurden gründlich widerlegt, namentlich durch Klose, der auch betonte, daß die in letzter Zeit stark vermehrte Reue aufnahmen den beginnenden Aufstieg der Mitgliederzahl erkennen lassen.

Die bisherige Sektionsleitung wurde auf Vorschlag der Funktionärskonferenz gegen eine sehr schwache Minderheit wieder gewählt. Ferner wurde beschlossen, die Agitationsklasse vom 1. März ab wieder einzuführen und hierzu von jedem Mitgliede einen Monatsbeitrag von 20 Pf. zu erheben.

Vom Jubiläum von Schweitzer u. Oppler, R. a. A.

Im Handelsstil der bürgerlichen Presse war verkündet worden, daß die Eisen- und Metallfirma Schweitzer und Oppler, Kommanditgesellschaft auf Aktien, am 18. Februar ihr 50jähriges Bestehen feiere und aus diesem Anlaß der Unterstützungskasse der Angehörigen einen namhaften Betrag überwiesen habe. Die noble Zurückhaltung bei dieser kleinen Reklame scheint nicht recht angebracht. Die Mitteilung sei daher dahin ergänzt, daß der namhafte Betrag für alle deutschen Filialen der Firma sich auf 20 000 Mark beläuft, die natürlich in Händen der Firma, d. h. der Unterstützungskasse bleiben. Böse Zungen behaupten, daß Unterstützung aus dieser Kasse nur in den Fällen gewährt werden, in denen ein Angestellter mit dem Kopf unter dem Arm solche beantragt. Das ist natürlich eine harte Ueberzeugung unzufriedener Angestellter, die bei dieser Gelegenheit Vergeltung darüber anstellen, was diese Kriegsabbau-Firma in den Zeiten der Hochkonjunktur täglich an Ertrübnissen zu verzeichnen hatte, was in Neubauten und Aufstellungen in Berlin, Tegel, Hamburg und Leipzig angelegt wurde und schließlich sogar zwischen der Summe für die Wohlfahrt der Angestellten und der für die Feier der Direktion und des Aufsichtsrats im Hotel Bristol.

Wollte man diesen unbedankbaren Menschen, d. h. den Angestellten, sagen, das seien doch Dinge, die sie nichts angehen, dann machen sie die Verächtlichkeit geltend, daß man zur Herbeibringung all der Jubiläumsumkosten wieder tüchtig Personal entlasse, um den Schaden auszugleichen. Das wäre allerdings ein Grund, um die unvollständige Zufriedenheit der Angestellten mit dieser Jubiläumsgabe zu begreifen.

Die englischen Dockarbeiter haben gestern die Arbeit überall wieder aufgenommen; allein im Londoner Hafen streiken die Mitglieder der „Blauen Union“, der Gewerkschaft der Steauer, noch immer, trotzdem der Vollzugsrat ihrer Gewerkschaft ihnen gestern nachmittags die Wiederaufnahme der Arbeit empfohlen hat.

Wichtig! BGD-Gelehrter. Gestern Abend. Morgen Donnerstag, abends 7 Uhr bei der Raumannstr. 9. Wichtige Zusammenkunft aller BGD-Genossen. Gestern Abend. Morgen Donnerstag, abends 9 Uhr bei Müller, Schulmeisterstr. 6. Versammlung aller BGD-Genossen. Parteiausweis legitimiert.

Der Verbandsrat.

Verantwortlich für Politik: Groß Meister; Wirtschaft: J. M.; Groß Meister; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Neuaktion: A. D. Köhler; Soziale und Sonstige: Fritz Kahlert; Anzeigen: K. G. Gode; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Versammlung
Betriebsrats- und Arbeiterrats-
werbende sowie Objekte der Familien-
hande der B. M. A. B. Betriebe, deren
Betriebe ausgesperrt haben, am Donner-
stag, den 28. Februar 1924, vorm
10 Uhr im Sitzungssaal des Verbands-
hauses, Blakenstraße 83.
Deutscher Metallarbeiter-Verband.
U. i. d. H.

Wäschepracht
Die gute reine Kernseife
66% Fettgehalt.
Nur aus besten Rohstoffen! Stets in gleicher
Güte! Ohne schädliche Bestandteile!
Stark & Co., Seifenfabrik G. m. b. H.
Berlin NO 55, Colmarer Straße 8-9.

Möbel Müller!
Berlin C., Alexanderstr. 31 14. Sept. 1923.
Speisezimmer, Herrenzimmer
Wohn- und Schlafzimmer, sowie
Büro- und Möbel ab Fabrik zu billigsten Preisen.
Besonders wirksam sind die
kleinen Anzeigen
in der Gesamt-Anlage **billig!**
des Vorwärts und trotzdem

Zähne 1 u. 2 G.-M. Teilzahlung
gestattet b. 1 Anzahl u. wöchentl. Abzahlung von
1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatz-
kronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v.
3 G.-M. an. Zahnz. mit Beibub 1 G.-M., b. Bestellung
von Oebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis.
3 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20 000 Gebisse zur
vollsten Zufriedenheit geliefert.
Hatvani, Danziger Strasse 1, hauser Allee.
Vorzöger 10% Rabatt.

Leder - billig!
Kein eisennerdige
Bache- u. Sohl- Croupous
Rolle Oberleder; Lad.
Berthold Kuttner
Reichenbergstr. 14. (1-3 geschl.)

8 90 Herrenstiefel
Echt Boxkalf, sehr gutes Fabrikat, alle Gr.

6 90
Echt braun Fahlleder.
Original-Goodyear-Well
Echt Rindbox u. R.-Chevreaux,
sehr gutes Fabrikat. 12 50
Hohe braune Ledergamaschen
mit Patentverschluss 5 80

9 80
Herrenhalbschuh
ganz R'Chevreaux mit Lackkappe,
moderne spitze Form, sehr gutes Fabrikat.
Echt braun Chevreaux 12 50

Die neuen Modelle bei uns billig!

16 50
Erstklassiges
Fabrikat

7 80
Echt Boxkalf

12 50
Echt Chevreaux

10 80
Lack-Pumps
der elegante Schuh 10 80
Sorte I 15 80
iml. Chevreaux, amerik.
Absatz 5 90
Braun Boxkalf u. schwarz
Sämisch, hoheleg. Schuh 14 80

6 90
Moderne spitze
Form,
gutes Fabrikat

13 80
Lack oder
braun, echt
Chevreaux

8 90
Prima R'Chevreaux, sehr
gutes Fabrikat 8 90

5 80
Damen-Halbschuh
R'Chevreaux u. Cromleder,
moderne runde Form, alle
Größen 5 80

2 90
Bunne Spangenschuh
Leder, mod. Form,
hoher Absatz 2 90

7 90
Damen-Halbschuh
braun, echt Chevreaux, mod.
Form 7 90

9 80
derselbe echt braun Box-
kalf spitze Faason 9 80

10 80
auf Rand genäht,
echt Boxkalf 10 80

1 23
Kinderstiefel
schwarz Leder, mit
Ledersohlen,
20-22 1.55, 18-20
Gr. 93-85 besond. billig.

55 Pf.
Pantofel f. Herren 65 Pf.
für Damen 55 Pf.

Grossdetail

Schuh-Lokal

Münzstrasse 25
Frankfurter Allee 54
Neu eröffnet:
Hollbuser Damm 13
Ecke Schönleinstrasse